

Kultusministerium und Bundeswehr kooperieren

Kultusminister Christian Piwarz und Oberst Klaus Finck, Kommandeur des Landeskommandos Sachsen, haben heute die seit 2010 bestehende und nun überarbeitete Kooperationsvereinbarung für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Bundeswehr unterzeichnet. Mit der Vereinbarung können Schulen Jugendoffiziere auch weiterhin für Unterrichtsveranstaltungen zu Fragen der Friedenssicherung, der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Konfliktvermeidung und -verhütung einladen.

Kultusminister Christian Piwarz begrüßt die langjährige Kooperation zwischen Bundeswehr und Kultusministerium. „Es ist wichtig, dass damit den Lehrerinnen und Lehrern ein zusätzliches Angebot für einen anschaulichen und lebendigen Unterricht zur Verfügung steht. Der Blick über das Lehrbuch hinaus und die authentische Begegnung mit jungen Bundeswehrvertretern ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, sich kritisch mit sicherheitspolitischen Themen auseinanderzusetzen und sich aus den direkten Informationen heraus eine eigene Meinung zu bilden. Somit ist die Bundeswehr ein wichtiger Partner der politischen Bildung in unseren Schulen“, so Kultusminister Christian Piwarz.

„Im Freistaat gibt es insgesamt sechs Jugendoffiziere, die von Dresden, Leipzig und Chemnitz aus in Schulen in ganz Sachsen über die Aufgaben und den Auftrag der Bundeswehr informieren. Wir freuen uns, dass wir mit der heute unterzeichneten Vereinbarung die gute Zusammenarbeit mit den sächsischen Schulen fortsetzen können. So leisten unsere Jugendoffiziere einen Beitrag zur Themenvielfalt und Meinungsbildung im sächsischen Bildungsbereich“, so Oberst Klaus Finck, der Kommandeur des Landeskommandos Sachsen. Das Landeskommando ist der erste Ansprechpartner der Bundeswehr für Behörden und Gesellschaft in Sachsen.

Bereits seit 1990 sind Jugendoffiziere an sächsischen Schulen. Vor allem als Teil des Gemeinschaftskunde-Unterrichts haben sie im Jahr 2018 bei rund 600 Schulbesuchen mit Schülerinnen und Schülern unter anderem über Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen.

Die Schulen können eigenständig und freiwillig entscheiden, ob und wie sie das Angebot der Jugendoffiziere in ihren Unterricht einbauen wollen. Neben der Bundeswehr sollten Schulen parallel auch Vertreter der Kirchen und Friedensinstitutionen einladen. Themen wie Sicherheits- und Friedenspolitik sind auch in den Lehrplänen verankert.

In der Kooperationsvereinbarung ist ausdrücklich festgeschrieben, dass die Jugendoffiziere an den Beutelsbacher Konsens gebunden sind. Der Beutelsbacher Konsens legt die Grundsätze der politischen Bildung in Deutschland fest und besagt unter anderem, dass ein Thema, das in der Öffentlichkeit kontrovers ist, auch im Unterricht kontrovers abgebildet werden muss. Und obwohl die Jugendoffiziere grundsätzlich keine Nachwuchswerbung betreiben, wird dies in der Kooperationsvereinbarung noch einmal ausdrücklich ausgeschlossen.